

Schwarze Schafe machen Politik

Die Spirale der Verschärfungen im Ausländerrecht dreht sich ohne Ende

Martin Furrer

Die Ausschaffungsinitiative der SVP, über die im November abgestimmt wird, steht in einer Tradition: Seit Mitte der Achtzigerjahre wird das Ausländerrecht stets verschärft.

Die SVP will mit ihrer Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer in der Migrationspolitik "den Tarif durchgeben". So formuliert es SVP-Nationalrat Adrian Amstutz (Text unten).

"Den Tarif durchgeben" - das Lied ist nicht neu. Die Melodie dazu erklingt in der Schweiz seit Langem: Es ist eine Melodie der steten Verschärfungen in der Ausländer- und Asylpolitik, die Mitte der 1980er-Jahre einsetzte. Und die ganz anders klingt als die relativ milden Töne, die einst hierzulande geherrscht haben.

1848 etwa, in einer Phase revolutionärer Wirren in Europa, erscheint das Land geradezu als Paradies für Schutzsuchende. Damals drängen 15 000 Menschen über die Grenze. In einem Schreiben appelliert der Bundesrat an die Kantone, allen Flüchtlingen "in Handhabung des Asylrechts und nach dem Gesetz der Humanität ruhigen Aufenthalt zu gewähren".

Polemik

In den Fünfziger- bis Siebzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts nimmt die Schweiz ebenfalls grosszügig Flüchtlinge auf: aus Ungarn (1956), Tibet (1963), der Tschechoslowakei (1968), Uganda (1972) und Chile (1973).

Allerdings polemisiert bereits 1970 ein gewisser James Schwarzenbach gegen italienische Gastarbeiter. Doch scheitert seine Überfremdungs-Initiative mit 54 Prozent Nein-Stimmen an der Urne.

Abschreckung

1979 verabschiedet das Bundesparlament das erste Asylgesetz. Es findet wegen seiner liberalen Grundhaltung weitherum Beachtung. Die Harmonie währt nicht lange. Wegen steigender Asylgesuche erkennt der Bundesrat 1985 erstmals "ernsthafte Vollzugsprobleme". Er sieht sich "gezwungen", beim Asyl- und Ausländergesetz mehr Härte walten zu lassen.

Von nun an wird mit schwarzen Schafen unter den Ausländern regelmässig Politik gemacht.

> 1988 erlässt der Bund eine 30-tägige Ausschaffungshaft für abgewiesene Ausländer, die nicht freiwillig ausreisen möchten.

> 1995 führen die Behörden, nach einer monatelangen, erregten öffentlichen Debatte über dealende Asylsuchende und kriminelle Ausländer, die "Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht" ein. Delinquenten ohne Schweizer Pass drohen eine dreimonatige Vorbereitungschaft, eine neunmonatige Ausschaffungshaft sowie Rayonaufgaben - das heisst Verbote, ein bestimmtes Gebiet zu betreten oder zu verlassen.

> Die jüngsten, im Mai publizierten Verschärfungspläne des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zielen, genau so wie die SVP-Ausschaffungsinitiative, auch auf Abschreckung. Mit einer erneuten Verschärfung des Migrationsrechts sollen die "Attraktivität der Schweiz als Zielland" von Asylsuchenden und Ausländern gesenkt sowie "Missbräuche konsequent bekämpft" werden.

Defensive

Dabei spielt sich stets dasselbe ab: Die Rechte macht Druck, Regierung und Parlament ziehen die Schraube an - die Linke protestiert. "Die Linke ist in der Defensive", sagt Marc Spescha, Anwalt in Zürich, Lehrbeauftragter für Migrationsrecht an der Uni Fribourg und Buchautor*. Mit einer Ausnahme: "Die Öffnung gegenüber Europa, der freie Personenverkehr wurde dank Mitte-Links durchgebracht", betont Spescha. Als Gegenreaktion zur Öffnung der Grenzen hin zur EU reagiere die Politik umso kritischer gegenüber Missbräuchen.

Öffnung

Michael Hermann, Politologe an der Uni Zürich, sieht das ähnlich: "Die Schweiz hat sogar Hand geboten für die Ausdehnung des freien Personenverkehrs nach Rumänien und Bulgarien - dafür zeigt sie bei Missbräuchen im Immigrationswesen gar kein Verständnis."

* Marc Spescha, Antonia Kerland, Peter Bolzli: Handbuch zum Migrationsrecht, Orell Füssli Verlag, 2010

--

Im Basler Getto

Kampagne. Die SVP hat gestern ihre Kampagne für die Ausschaffungsinitiative gestartet. Es gehe darum, kriminellen Ausländern den Tarif durchzugeben, sagte SVP-Nationalrat und Kampagnenleiter Adrian Amstutz (BE). Die durch Ausländer begangene Kriminalität habe "verheerende Ausmasse" angenommen. "Wir von der SVP sind nicht gegen Ausländer. Wir sind gegen Kriminelle." Kritisiert wurde von der SVP auch der Integrationsartikel im Gegenvorschlag des Parlaments. Gerade das Beispiel Basel zeige, dass "hochgejubelte" Integrationsmassnahmen keine Wirkung hätten. "Nirgends ist die Gettoisierung so stark wie in Basel", wusste Amstutz. Was er auf Nachfrage hingegen nicht wusste: Wo denn die Gettos in Basel genau sein sollen. Er komme aus dem Berner Oberland und kenne die Basler Strassennamen nicht. Aber: "Aus Basel werden uns bedenkliche Zustände gemeldet." Beworben wird die Ausschaffungsinitiative der SVP mit den altbekannten Schäfchen-Plakaten, über das Budget gibt es keine Auskünfte. los